

Federführung:

51 - Jugend, Familie, Bildung, Freizeit

Produkt:

51.01 Jugendarbeit, Kinder- und Jugendschutz

Datum:

20.02.2026

Beratungsfolge:

Jugendhilfeausschuss

Sitzungsdatum:

10.03.2026

Kenntnisnahme

Landesprogramm Teil.Sein.NRW - Demokratieförderung und Partizipation in der Stadt Coesfeld

Sachverhalt:

Bereits 2025 hat die Jugendförderung der Stadt Coesfeld Fördergelder aus dem Landesprogramm „Teilhabe, Demokratiebildung und Extremismusprävention für junge Geflüchtete“ in Höhe von 44.038,16 € für den Zeitraum Juli bis Dezember 2025 erhalten.

Für 2026 wurde ein neuer Antrag gestellt; das Landesprogramm führt seit 2026 den Titel „Teil.Sein.NRW“, hat sich inhaltlich indes nicht verändert.

Die Planung der Jugendförderung umfasst u.a.

- Maßnahmen zur besseren Integration geflüchteter und zugewanderter Kinder in bestehende (Ferien-) Angebote,
- neue Netzwerke zur Radikalisierungsprävention,
- Gewaltpräventionsprojekte
- Theateraufführungen zu den Themen Demokratie, Antisemitismus, Vielfalt und Rassismus in Schulen
- kreativ-künstlerische Projekte und
- Podiumsdiskussionen.

Auch kreisweit durchgeführte Projekte des Kreissportbundes und des Kommunalen Integrationszentrums sind Teil des Gesamtkonzeptes.

Der Antrag wurde am 06.02.2026 mit einer Fördersumme von 95.885 € positiv beschieden. Der Eigenanteil der Stadt liegt bei knapp 24.000 €, welcher durch temporäre Aufstockung der Arbeitszeit einer sozialpädagogischen Fachkraft im Team Jugendförderung geleistet wird.

Schwerpunkt des Förderprogramms ist die Demokratieförderung. Diese ist untrennbar mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen verbunden. Und so sind auch Beteiligungsprojekte Teil des Landesanspruchs.

Demokratieförderung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Die Stadt Coesfeld verfügt weder über einen Jugendrat, noch über ein Kinder- und Jugendparlament zur Beteiligung junger Menschen an kommunalpolitischen Entscheidungen. Dennoch hat die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Coesfeld eine lange Tradition. Junge Menschen werden seit jeher in Entscheidungen eingebunden, die ihre Lebenswelt unmittelbar betreffen. Mitbestimmung ist ein zentrales Grundprinzip der pädagogischen Arbeit der kommunalen Kinder- und Jugendförderung und ist bereits in den Leitlinien der Jugendförderung fest verankert. Beteiligung auf kommunalpolitischer Ebene stellt jedoch eine deutlich größere Herausforderung dar, da politische Entscheidungsprozesse komplexer, formaler, langwieriger und für junge Menschen oft weniger unmittelbar greifbar sind.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Beteiligung für junge Menschen besonders dann sinnvoll und attraktiv ist, wenn sie einen direkten Bezug zu ihren eigenen Interessen und ihrem Lebensumfeld hat. So hat sich beispielsweise bei der Weiterentwicklung der Skateranlagen sowie beim inzwischen umgesetzten Dirt-Park gezeigt, dass konkrete Projekte eine hohe Motivation zur Mitwirkung erzeugen, da junge Menschen hier unmittelbar erleben, dass ihre Ideen Wirkung entfalten und sichtbare Ergebnisse entstehen.

Gleichzeitig wurde deutlich, dass viele Jugendliche Vorbehalte gegenüber langfristigen, stark formalisierten und verbindlichen Beteiligungsstrukturen haben. Zeitliche Belastungen durch Schule und Freizeit/Hobby sowie die Sorge vor festen Verpflichtungen waren die meist genannten Hemmnisse für eine aktive Mitwirkung in einem entsprechenden Gremium.

Diese Erkenntnisse verdeutlichen, dass Beteiligung niedrigschwellig, lebensnah und beziehungsorientiert gestaltet werden muss.

Darauf aufbauend soll künftig insbesondere über gezielte Beziehungsarbeit der Zugang zu Kindern und jüngeren Jugendlichen gestärkt werden. Ziel ist es, frühzeitig Interesse für kommunalpolitische Themen zu wecken, Kompetenzen zu vermitteln und Beteiligung verständlich und erlebbar zu machen. Durch kontinuierliche Ansprache, vertrauensvolle Begleitung und konkrete Mitwirkungsmöglichkeiten soll schrittweise eine Gruppe junger Menschen aufgebaut werden, die bereit ist, sich für einen bestimmten Zeitraum verbindlicher zu engagieren.

So soll nach Möglichkeit langfristig eine stabile Struktur, etwa in Form eines Kinder- oder Jugendrates, entstehen. Diese soll nicht als starres Gremium, sondern als lebendige Plattform verstanden werden, in der junge Menschen ihre Interessen einbringen, Verantwortung übernehmen und aktiv an der Gestaltung ihrer Kommune mitwirken können.

Beispiele konkreter bereits laufender sowie geplanter Partizipationsprojekte wird Frau Kaudewitz in der Ausschusssitzung darlegen und für Fragen zur Verfügung stehen.